Leserforum

Ihre Meinung interessiert:
www.tagesanzeiger.ch/leserforum oder auf unserer Facebook-Seite

Arbeitnehmerrechte

Der Niedergang der Gewerkschaften,
TA vom 28. April

Unia ist gewachsen.
Andreas Valda spielt in seinem Artikel das bekannte Lied vom Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften. Auf die Mitgliederzahl des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bezogen, mag das stimmen (allerdings wurde der Schwund im letzten Jahr gestoppt). Ein differenzierterer Blick auf die Statistik hätte allerdings gezeigt, dass die Entwicklung bei den einzelnen Gewerkschaftsverbänden höchst unterschiedlich verläuft. So wächst das mit Abstand grösste SGB-Mitglied, die Unia, seit mehreren Jahren kontinuierlich. Sie verzeichnete nicht nur 2011 (plus 112) und 2012 (plus 2440) einen Zuwachs, sondern legte auch im vergangenen Jahr – vor allem im Dienstleistungsbereich – nochmals deutlich zu (plus 3495).
Pepo Hofstetter,
Gewerkschaft Unia

Errungenschaft der Demokratie.
Die Gewerkschaften sind nicht dem Niedergang geweiht, wie es gewisse Kreise gern hätten. Auch wenn es viele pflicht- und fürsorgebewusste Arbeitgeber und Personalchefs gibt, braucht es, vor allem auch wegen der Globalisierung, Gewerkschaften mehr denn je. Dies zeigt sich immer wieder, z. B. im Zusammenhang mit Lohndumping und dem Nichteinhalten von Arbeitszeiten auf Baustellen und im Dienstleistungsgewerbe. Übrigens haben die Gewerkschaften eben im Dienstleistungsbereich einigen Zuwachs. Ohne Gewerkschaften müsste befürchtet werden, dass die arbeitsrechtlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte schleichend wieder abgebaut würden. Die Gewerkschaften sind eine Errungenschaft unserer Demokratie, und jedes Mitglied leistet einen solidarischen Beitrag für unser Gemeinwesen.
Jakob Hauri, Zürich

Tages-Anzeiger

Herausgeberin
Tamedia AG (vorm. Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG)
Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Tel. 044 248 41 11,
Verleger: Pietro Supino

Redaktionsleitung
Chefredaktion: Res Strehle, Chefredaktor (rs).
Michael Marti (MMA), Alain Zucker (az).
Stab: Judith Wittwer (jw).
Nachrichtenchefs: Matthias Chapman (cpm),
Dominique Eigenmann (de.), Patrick Kühnis (pak),
Samuel Reber (sam).
Redaktion: Tel. 044 248 44 11

Ombudsmann der Tamedia AG
Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Heilmittelgesetz

Apotheker wollen Onlineverkauf von Pillen einschränken, Etappensieg für die Pharmalobby, *TA vom 26. April*

«In der Kommission wurde sehr seriös gearbeitet.»

Vorwürfe sind falsch.
Im Artikel «Apotheker wollen Onlineverkauf von Pillen einschränken», wird suggeriert, der Apothekerverband habe über mich die Beratung des Heilmittelgesetzes in Sachen Onlinehandel unlauter beeinflusst. Dieser Vorwurf ist schlicht und einfach falsch. Tatsache ist, dass ich bei den Beratungen keinen Antrag in Sachen Onlinehandel gestellt habe. Ich bin vor der Beratung dieses Artikels vom entsprechenden Antragsteller auch nicht kontaktiert worden. Tatsache ist, dass weder Vertreter der Apothekerbranche noch Vertreter des Drogistenverbandes einen Antrag in Sachen Onlinehandel gestellt haben. Tatsache ist auch, dass sich die vorberatende Kommission grossmehrheitlich, parteiübergreifend und aus Überzeugung hinter diesen Teil der Vorlage gestellt hat. Einzig Kommissionsmitglied Nationalrat Thomas De Courten hat einen Minderheitsantrag gestellt, wie man leicht den der Öffentlichkeit vorliegenden Dokumenten über die Kommissionsdebatte entnehmen kann. Wenn nun anonym zitierte «Branchenkenner», hinter denen sich, wie dem Artikel unschwer zu entnehmen ist, Vertreter der Zur-Rose-Gruppe verstecken, den Apotheker- und Drogistenverbänden vorwerfen, ich hätte in deren Sinn die Beratung in dieser Sache beeinflusst, tun sie dies offenkundig kontrafaktisch. Den Entwurf der Kommission als pures Resultat von Lobbyismus zu bezeichnen, ist zudem auch eine Beleidigung der involvierten Ärzte, die in der Kommission mit mehreren Mitgliedern vertreten sind. In der Kommission wurde sehr seriös gearbeitet, und es wurden auf allen Ebenen Kompromisse gesucht und gefunden. Dies wird deutlich, wenn man die klaren Mehrheiten anschaut, die sich jeweils ergeben haben. Das Resultat ist ein Gesetz, das sehr viel patientenfreundlicher ist als bisher.

Besonders ärgerlich ist, dass im Artikel frauenfeindliche Klischees bedient werden. Ich bin zwar mit einem Apotheker verheiratet, aber ich politisiere eigenständig und nicht als die Befehlsempfängerin meines Mannes. Ebenso ärgerlich und haltlos ist die Behauptung, ich sei «mit Krankenkassen verbandelt». Allein schon die einfach zu recherchierende Tatsache, dass ich als eine der wenigen CVP-Nationalräte beim Krankenkassenaufsichtsgesetz gegen die Krankenkassen gestimmt habe, sollte eigentlich Beleg genug sein für meine Eigenständigkeit.
Barbara Schmid-Federer, Männedorf
CVP-Nationalrätin

Es braucht die Wahlfreiheit.
Vor einigen Jahren habe ich der Initiative «Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug» der Ärzteschaft im Kanton Zürich zugestimmt, weil ich der Meinung war, dass die Abgabe von Arzt und Apotheker von gleicher Qualität und für mich bequemer sei. Nach den Berichterstattungen zum neuen Heilmittelgesetz im «Tages-Anzeiger» vom 19. und 26. April bereue ich mein damaliges Stimmverhalten. Ein erster Verdacht, dass es zumindest einem Teil der Ärzteschaft nie um Wahlfreiheit, sondern um einen lukrativen Zusatzverdienst ging, kam mir bereits vor einiger Zeit, als ich

«Einem Teil der Ärzteschaft ist es nie um Wahlfreiheit gegangen, sondern um ihr Portemonnaie.»

von verschiedener Seite hörte, dass Rezepte mit dem Vorwand verweigert werden, man habe keine oder man gebe schlicht keine ab. Die Vehemenz, wie nun Exponenten der Ärzteschaft die Rezeptpflicht im Sinne der Wahlfreiheit und Patientenrechte brandmarken, liefert den Beweis: Es ist ihnen nie um Wahlfreiheit gegangen, sondern nur um ihr Portemonnaie. Dass Sven Bradke, Geschäftsführer der Vereinigung Ärzte mit Patientenapotheke, die durch die Rezeptpflicht entstehenden Kosten – notabene eine kleine administrative Massnahme mit einem Ausdruck im Visitenkartenformat – mit jährlich 100 bis 150 Millionen Franken beziffert, ist schlicht unglaublich und der letzte Beweis dafür, dass wir Patienten und Kunden nicht ernst genommen und als dumm verkauft werden sollen. Ich hoffe darum, dass diesem Treiben Einhalt geboten und der Wahlfreiheit mit dem neuen Heilmittelgesetz zum Durchbruch verholfen wird.
Amelyn Dizon, Zürich

Angst um die Pfründe.
Der «Tages-Anzeiger» fährt schweres Geschütz auf gegen namhafte Zürcher Politiker der nationalen Gesundheitskommission und bezichtigt sie, statt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, den Interessen der Pharmalobby zu folgen. Kurz zusammengefasst komme ich zum Schluss: Die Geschichte ist «zu unschön, um wahr zu sein.» Ein Blick auf die Kommission zeigt, dass sie mit Politikern mit langjähriger Erfahrung im Politgeschäft besetzt ist, darunter mehrere Ärzte. Sollten die Unterstellungen tatsächlich wahr sein, hiesse das, dass sich die Mehrheit von ihnen hat übertölpeln lassen – im Fall der Ärzte, entgegen ihren eigenen und den Interessen ihres Berufsstands. Dieser Vorwurf scheint mir schlicht unhaltbar, und ich frage mich, warum sich die Kommission nicht zur Wehr setzt, woher diese Vorwürfe kommen. Antworten liefert ein Blick in die Geschichte, die der «Tages-Anzeiger» am 19. April unter dem Titel «Ärzte reden von Katastrophe» publizierte. Offensichtlich bangen die Vereinigung Ärzte mit Patientenapotheke und die Versandapotheke Zur Rose um ihre Pfründe.
Alexandra Hugentobler, Männedorf

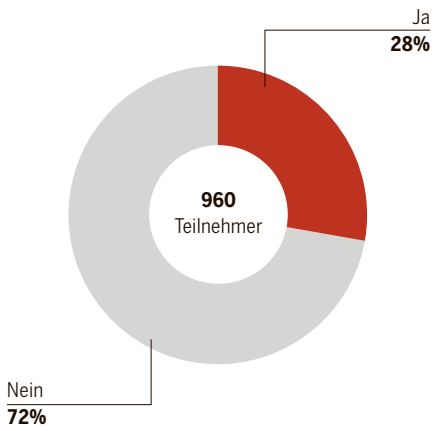
Die geprellten Steuerzahler.
Nach dem Lesen dieses Artikels war ich völlig sprachlos, mit welcher Unverblümtheit und Klarheit gewisse sogenannte Volksvertreter ihre finanziellen Eigeninteressen vor die Interessen ihrer Wählerschaft und des Volkes im Allgemeinen stellen. Die Geprellten sind wieder einmal mehr die machtlosen Prämienzahler. Es bleibt zu hoffen, dass solche Machenschaften bis zu den nächsten Wahlen im Gedächtnis der Wähler bleiben und deren Wahlverhalten entsprechend beeinflussen.
Hugo Klett, Volketswil

Schreiben Sie Ihre Meinung

Tages-Anzeiger, Redaktion Leserforum,
Postfach, 8021 Zürich,
leserforum@tagesanzeiger.ch

Online-Umfrage

Demütigung für Bayern München im Fussballspiel gegen Real Madrid. War Trainer Guardiola ein Fehlgriff?



Im Halbfinal-Rückspiel der Champions League am Dienstagabend setzte es für die Bayern gegen Real Madrid eine herbe Niederlage ab. Trainer Josep Guardiola gibt sich selbst die Schuld am Verlust der Partie. Eine Mehrheit der Umfrageteilnehmer stärkt ihm dennoch den Rücken. Nur 28 Prozent gehen mit dem Coach hart ins Gericht. *(TA)*

«Tages-Anzeiger» im Netz

Meistgelesen
1 **«Wie konnte es zur Demütigung kommen?»** Sport/Fussball
2 **Schwierigste Clean-Kletterroute geknackt** Blogs/Outdoor
3 **Uni-Herzchirurg Falk verlässt Zürich** Zürich/Region
4 **Rätsel Maurer** Schweiz
5 **Er lacht, er flucht, er stirbt** Kultur

Meistgeteilt
1 **Uni-Herzchirurg Falk verlässt Zürich** Zürich/Region
2 **Milder Westen** International/Amerika
3 **Gemüse aus dem Londoner Untergrund** Wissen/Natur
4 **Interview zur Gripen-Beschaffung** Schweiz
5 **Führerloser VBZ-Bus prallt in Hauswand** Zürich/Stadt Zürich

Meistkommentiert
1 **Rätsel Maurer** Schweiz
2 **«Nein, ich sehe keine Möglichkeit»** Schweiz
3 **«Ich habe 26 000 Leute hinter mir»** Kultur/Fernsehen
4 **Auf Wunsch der Männer** Leben/Gesellschaft
5 **Eine Bewährungsprobe für Richard Wolff** Zürich/Stadt Zürich

Anzeige

DAS AKTUELLE ANGEBOT FÜR TAGES-ANZEIGER-ABONNENTEN:

CARTE BLANCHE Tages-Anzeiger

CROWDTALKING – VIKTOR GIACOBBO IM AUFTRAG DES PUBLIKUMS TALKGAST: JACQUELINE BADRAN

DIENSTAG, 13. MAI 2014, 20.00 UHR, IM CASINOTHEATER WINTERTHUR

Beim «Crowdtalking», einem neuen Talkformat von Viktor Giacobbo, werden die Fragen an eine interessante öffentliche Person nicht einfach nur vom Moderator gestellt. Dieser bespricht und verbündet sich vor dem eigentlichen Gespräch mit dem Publikum und plant mit diesem, in Gegenwart des vorerst zum Schweigen verurteilten Gastes, die Gesprächsführung.
Im zweiten Teil des Personality Talks befragt Viktor Giacobbo den Gast aufgrund der Anregungen, Fragen, Strategieentwürfe, Kritik oder Lob aus dem Publikum. Bei Unklarheiten kann auch ein Zuschauer auf die Bühne gebeten werden, um seine Frage zu präzisieren – natürlich auf freiwilliger Basis. Kreativ gestört wird dieser Anlass durch die finstere Hazel Brugger, die das Gespräch kommentiert und zum Schluss mit einem Slam abschliesst.

Talkgast am 13. Mai: Jacqueline Badran: Unternehmerin, Nationalrätin, Biologin und Ökonomin

IHR CARTE BLANCHE-ANGEBOT:
KATEGORIE I: CHF 34.– statt CHF 45.–
KATEGORIE II: CHF 26.– statt CHF 35.–
KATEGORIE III: CHF 23.– statt CHF 30.–

VORVERKAUF:
Theaterkasse: Telefon 052 260 58 58 oder an der Tageskasse gegen Vorweisen der CARTE BLANCHE.
Maximal 2 Karten pro CARTE BLANCHE. Dieser Spezialrabatt kann nicht online gebucht werden. Das Angebot ist limitiert.

WEITERE INFORMATIONEN: www.casinotheater.ch

Ihre persönliche CARTE BLANCHE erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo,
0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

Tages-Anzeiger | Du bist, was du liest.